

Zeitschrift: Vom Jura zum Schwarzwald : Blätter für Heimatkunde und
Heimatschutz

Band: - (2002)

Artikel: Im Spannungsfeld der Mächtigen : der Kanton Fricktal

Autor: Bircher, Patrick

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-914052>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 07.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Gebiet zwischen Jura und Schwarzwald an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert

Zwei Tage vor seiner Kaiserkrönung am 9. Oktober 1790 beurteilte Kaiser Leopold II. (1747–1792) die revolutionären Vorgänge in Frankreich noch mit der Gelassenheit eines unbeteiligten Beobachters. Die Möglichkeit eines Ausgreifens der Bewegung auf das Reichsgebiet schätzte er gering ein, da seine Nation im Vergleich zur französischen *weder so verdorben, noch so gedrückt, noch so enthusiastisch* sei.² Gegenüber dem Drängen breiter Adelskreise, die revolutionäre Bedrohung durch eine militärische Intervention zu beenden, konnte der Monarch seinen prinzipiellen Friedenswillen jedoch nur schwer durchsetzen.

Sechs Wochen nach dem Tode Leopolds II. begann im April 1792 der Erste Koalitionskrieg. Die Auseinandersetzung zwischen dem republikanischen Frankreich auf der einen und einer Gruppe monarchisch regierter Staaten unter der Führung Österreichs auf der anderen Seite leitete das Ende der über Jahrhunderte dauernden habsburgischen Herrschaft im Breisgau ein. Erste konkrete Auswirkungen der Französischen Revolution wurden in den grenznahen Gebieten schon bald nach den Ereignissen von 1789 sichtbar. Eine zunehmende Flut von revolutionären Propagandaschriften, die von Strassburg und Basel aus eine rasche Verbreitung fanden, gaben den österreichischen Beamten zu wachsender Besorgnis Anlass. Französische Emigranten, die im Breisgau Zuflucht suchten, stiessen bei Behörden und Bevölkerung zunächst auf Verständnis

und Entgegenkommen. Diese Grundhaltung veränderte sich im Laufe des Ersten Koalitionskrieges. Aufgrund der militärischen Bedrohungslage beurteilte das vorderösterreichische Landespräsidium in Freiburg die hohe Zahl der Flüchtlinge als Sicherheitsrisiko. Zudem nahm vor allem in den Städten das Konfliktpotenzial zwischen den Einwanderern und der einheimischen Bevölkerung zu. Die Emigranten galten als Mitverursacher der Nahrungsmittelknappheit und wurden gemeinhin auch für die anhaltende Teuerung verantwortlich gemacht.

Nach dem preussisch-französischen Sonderfrieden von Basel konzentrierten sich die Angriffe der republikanischen Truppen seit dem Frühsommer 1796 auf die österreichischen Territorien zwischen Oberrhein und Bodensee. Mit dem Vormarsch der französischen Armee durch das Rheintal standen die Bewohner der besetzten Gebiete unter dem Druck von Plünderungen, Frondiensten und hohen Zwangsabgaben. Bereits im Oktober 1796 wurde die französische Armee unter General Moreau bei Biberach von den österreichischen Streitkräften unter Führung von Erzherzog Karl geschlagen. Im Verband mit kaiserlichen Truppen gelang es den Landsturmkontingenten aus den Landschaften Fricktal und Möhlinbach, Teile der französischen Einheiten bei Rheinfeldern in die Flucht zu schlagen.

Der Niederlage der republikanischen Truppen in Süddeutschland standen die militärischen Erfolge der von Napoleon Bonaparte (1769–1821) geführten Italienarmee gegenüber. Im Oktober 1797 sahen sich die kaiserlichen Unterhändler deshalb gezwungen, die von französischer Seite diktierten Bedingungen zu akzep-

tieren und den Friedensvertrag von Campo Formio zu unterzeichnen. Im sechsten Artikel des geheimen Zusatzprotokolls wurde festgelegt, dass die Souveränitäts- und Eigentumsrechte, über die der Kaiser auf der linken Seite des Rheins verfügte, an die Französische Republik fallen sollten. Die Vereinbarung betraf unmittelbar den südlichsten Teil des vorderösterreichischen Breisgaus. Dieser Landschaftsraum, der den heutigen aargauischen Bezirken Rheinfelden und Laufenburg entspricht, wurde nun im Unterschied zur österreichischen Verwaltungssprache unter der Bezeichnung Fricktal zusammengefasst. Den erweiterten territorialen Anspruch, der im preussisch-französischen Sonderfrieden von 1795 bereits vorgezeichnet war, hatte Bonaparte dem widerstrebenden österreichischen Unterhändler Graf von Cobenzl in der *Gluthitze eines Punschrausches mit unflätigen Worten und Drohungen* abgerungen.³ Trotz der veränderten völkerrechtlichen Rahmenbedingungen blieb das Gebiet noch bis zum Frühjahr 1799, als sich nach Ausbruch des Zweiten Koalitionskrieges erneut republikanische Einheiten am Hochrhein festsetzten, unter ungeteilter habsburgischer Landeshoheit.

Die Auswirkungen der Französischen Revolution waren im vorderösterreichischen Gebiet zwischen Jura und Schwarzwald bereits vor dem Angriff der republikanischen Truppen fassbar geworden. Neben dem revolutionären Propagandamaterial, das in wachsendem Umfang von Basel und Strassburg aus Verbreitung fand, galt die Aufmerksamkeit der Beamten an der breisgauischen Westgrenze vor allem auch den illegal einreisenden französischen Agitatoren. Diese Kontrollaufgabe wurde durch zahl-

reiche Emigranten erschwert, die zum grossen Teil dem Adels- oder Klerikerstand angehörten und auf österreichischem Gebiet Zuflucht suchten.

Das Vordringen französischer Truppen auf eidgenössisches Territorium veranlasste im Frühjahr 1798 zahlreiche dem Ancien Régime nahestehende Personen zur Emigration. Die erneut einsetzende Flüchtlingswelle überstieg die Aufnahmekapazität des wirtschaftlich ohnehin geschwächten Gebietes zwischen Jura und Schwarzwald bei weitem. Nach einer Dienstreise durch die Landschaften Möhlinbach und Fricktal teilte der in Rheinfelden residierende Oberamtmann Johann Sebastian Biermann von Ettenberg dem Landespräsidium in Freiburg am 6. März 1798 mit, dass nach dem Einfall der Franzosen in Solothurn *alle Strassen von flüchtigen Schweizern voll, und das ganze Frickthal von derley unglücklichen Leuten angefüllt seye* (Abb. 1).⁴

Obschon der Handlungsspielraum der österreichischen Behörden äusserst begrenzt war, entschied Regierungspräsident Joseph Thaddäus Freiherr Vogt von Sumerau aufgrund der Mitteilungen des Rheinfelder Oberamtmanes, dass es angesichts *der traurigen Lage der Umstände*, in welcher sich die Schweiz befinde, unmenschlich sei, die Flüchtlinge wieder in ihr Herkunftsland zurückzuweisen. Er empfahl deshalb, den Eintreffenden umgehend tiefer im österreichischen Staatsgebiet gelegene Zufluchtsorte anzuweisen. Damit sollte die Bevölkerung des linksrheinischen Gebietes entlastet und die Gefahr eines französischen Interventionsschlages reduziert werden.⁵

Die grosse Zahl ausgewanderter Schweizer, die sich im südlichen Breisgau in unmittelbarer

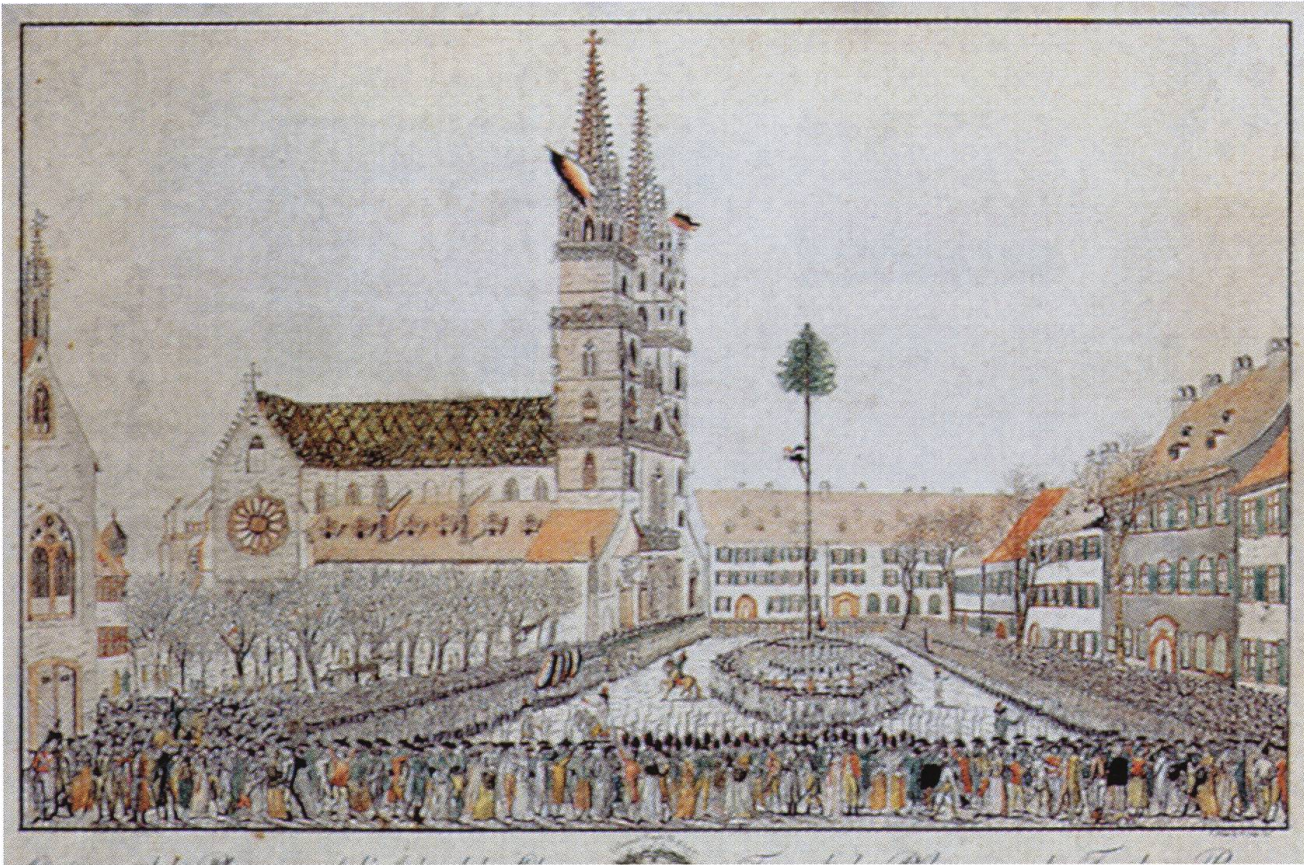


Abb. 1: Errichtung eines Freiheitsbaumes auf dem Basler Münsterplatz am 22. Januar 1798. Die überlieferten Quellen lassen erkennen, dass das Gedankengut der Französischen Revolution unter der Bevölkerung des Fricktals auf wenig Resonanz stiess. Entsprechend skeptisch beurteilten verschiedene Bewohner des vorderösterreichischen Grenzraumes am Hochrhein die politische Umwälzung in der benachbarten Eidgenossenschaft.
(Bild: Historisches Museum Basel CH)

Nähe zur neuen Hauptstadt Aarau aufhielten, erschienen den helvetischen Behörden grundsätzlich verdächtig. Sie forderten deshalb, dass die schweizerischen Emigranten sich von den Schweizergrenzen und insonderheit aus dem Frickthal entfernen sollten.⁶

Die gegenrevolutionären Aktivitäten im grenznahen Raum blieben bis zur erneuten Besetzung dieses Gebietes durch französische Truppen im März 1799 eine stete Sorge des helvetischen Direktoriums. Der Basler Statthalter Schmid erhielt den Auftrag, sich neben den österreichischen Truppenbewegungen auch über die Tätigkeit der schweizerischen Emigranten im südlichen Breisgau auf dem Laufenden zu halten und der Zentralregierung wöchentlich zweimal Bericht zu erstatten.⁷ Das weit in die Helvetische Republik hineinrei-

chende österreichische Gebiet auf der linken Seite des Rheins bot sich für die Agitation gegen die neuen Verhältnisse in der Schweiz als idealer Vorposten an. Über ein Netz von Gewährsleuten versuchten emigrierte Aristokraten, den Aufbau der helvetischen Hilfstruppen zu unterwandern und Soldaten für eine eigene Armee anzuwerben. Diese Truppen sollten im Verband mit Einheiten der Koalitionsmächte Österreich, England und Russland gegen die Helvetische Republik eingesetzt werden. Treibende Kraft der gegenrevolutionären Bewegung am Hochrhein war der Berner Patrizier Franz Salomon von Wyss, der die Schweiz im Sommer 1798 verlassen hatte. Von Dogern und Waldshut aus unterhielt er enge Kontakte zu Xaver Ludwig von Gugger.⁸ Der ehemalige Landvogt betrieb in Rheinfelden eine gezielte

agitorische Tätigkeit, die vor allem gegen den Kanton Solothurn gerichtet war. Die beiden Patrizier hatten im Gasthof Adler in Frick enge Mitarbeiter stationiert, die Informationen über die Verhältnisse in der Helvetischen Republik sammelten und Soldaten für den Dienst in der gegenrevolutionären Armee anwarben.⁹

Nach Ausbruch des Zweiten Koalitionskrieges stiessen französische Truppen im März 1799 erneut durch das Rheintal und den Schwarzwald gegen Schwaben und den Bodenseeraum vor. Neben den vier Waldstädten besetzten sie auch das österreichische Verwaltungsgebiet zwischen Jura und Schwarzwald. Die von Erzherzog Karl (1771–1847) geführten kaiserlichen Einheiten konnten den französischen Armeen der Generäle Jourdan und Massena in Süddeutschland und bei Zürich entscheidende Niederlagen beibringen. Der anschliessende Vorstoss österreichischer Truppen beschränkte sich jedoch auf das rechte Rheinufer. Im Fricktal und in der Nähe von Basel blieben weiterhin zwei französische Reservedivisionen stationiert. Bis zur Offensive General Moreaus, dessen Truppen im April 1800 von Basel aus das rechte Rheinufer besetzten, blieben die Verbindungen über den Fluss unterbrochen. Die auf diplomatischer Ebene bereits eingeleitete Trennung des vielfältig verflochtenen Wirtschafts- und Kulturraumes zwischen Jura und Schwarzwald fand nun eine reale Entsprechung und verschärfte die kriegsbedingte Notlage der Bevölkerung zusätzlich. Neben den konstanten Requisitionsleistungen, Viehseuchen, Missernten und einem massiven Teuerungsschub, für den vor allem die benachbarten Schweizer verantwortlich gemacht wurden,

fehlten nun auch die lebensnotwendigen Handelsbeziehungen über den Rhein.

Die Siege der französischen Truppen unter den Generälen Moreau in Süddeutschland und Bonaparte in Norditalien zwangen den Kaiser erneut zu Friedensverhandlungen. Die in Campo Formio getroffenen Vereinbarungen wurden im Februar 1801 in Lunéville bestätigt und erwachsen mit der Klausel, dass sich Frankreich die Abtretung dieses Gebietes an die Helvetische Republik vorbehalte, abschliessend in Rechtskraft.¹⁰

Die veränderten völkerrechtlichen Rahmenbedingungen wirkten sich auf die Lage der Bevölkerung zunächst kaum unmittelbar aus. Die in den Dörfern und Städten stationierten französischen Truppen forderten weiterhin hohe Requisitionsleistungen. Diese Zwangsabgaben, die vor allem in Form von Feldfrüchten, Holzlieferungen und Frondiensten erbracht werden mussten, belasteten den Alltag der betroffenen Bevölkerung schwer und überstiegen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des besetzten Gebietes oft bei weitem. Die lokalen österreichischen Beamten blieben auch nach der formellen Abtretung des Fricktals im Dienst. Sie zogen die der Landesherrschaft zustehenden Abgaben ein, verfügten in den letzten Jahren des 18. Jahrhunderts aber kaum noch über Möglichkeiten, die Ereignisse wirksam beeinflussen zu können.

In der benachbarten Schweiz verschärfte sich indessen der Konflikt zwischen den Anhängern des Einheitsstaates und den Befürwortern eines lose gefügten Staatenbundes. Die anhaltenden Auseinandersetzungen zwischen Unitariern und Föderalisten führten zwischen Januar 1800 und April 1802 zu vier Staatsstreichen.

Vor dem Hintergrund dieser verworrenen Lage erschien die im Friedensvertrag von Lunéville in Aussicht gestellte Vereinigung des Fricktals mit der Helvetischen Republik für die Betroffenen wenig verheissungsvoll. Dagegen kam der Wunsch, weiterhin unter österreichischer Regierung zu verbleiben, noch Ende 1801 in verschiedenen Manifestationen deutlich zum Ausdruck.¹¹

Auch in der Helvetischen Republik erhoben sich Widerstände gegen die von Bonaparte angestrebten territorialen Veränderungen. Eine formelle Bestätigung der im Friedensvertrag von Lunéville erwähnten Gebietserweiterung zwischen Jura und Rhein blieb aus. Hingegen sollte die Regierung in Bern nun das Wallis an Frankreich abtreten. Diese Forderung, die in den diplomatischen Verhandlungen zwischen Frankreich und der Schweiz einen breiten Raum einnahm, wurde mit wechselnden politischen und territorialen Aspekten verknüpft. Neben verschiedenen Gebieten, die im französisch-schweizerischen Grenzraum ausgetauscht werden sollten, trat nun auch der südlichste Breisgau in den Mittelpunkt der diplomatischen Auseinandersetzungen.¹²

Die Gebrüder Fahrländer und das Projekt eines helvetischen Kantons Fricktal

Karl Fahrländer (1758–1814) verliess 1791 das Benediktinerkloster Ettenheimmünster in der südlichen Ortenau. Nachdem er den Eid auf die Revolutionsverfassung abgelegt hatte, wirkte er zunächst im elsässischen Matzenheim als Seelsorger. 1795 kämpfte der ehemalige

Priester während der Erhebung in der Vendée als Freiwilliger auf Seiten der Regierungstruppen. Unter dem Pseudonym Meyer entfaltete er dann in den späten Neunzigerjahren des 18. Jahrhunderts eine rege Tätigkeit im Kreis süddeutscher Revolutionäre. Nach dem Scheitern der Aufstandsbewegung im badischen Raum begab sich Karl Fahrländer in die Schweiz, wo er in den Dienst der helvetischen Regierung trat.¹³

Als Sekretär des Finanzrates stand er in engem Kontakt mit Johann Rudolf Dolder (1753–1807). Der Minister hatte im Hinblick auf eine mögliche Vereinigung des Fricktals mit der Schweiz Johannes Herzog von Effingen (1773–1840) für die republikanische Organisation dieses Gebietes gewonnen. Der helvetische Verfassungsentwurf vom Dezember 1801 sah bereits einen eigenständigen Kanton Fricktal vor.¹⁴ Die französische Regierung wertete diesen Vorschlag allerdings als Vorgriff auf künftige Verhandlungen und wies die schweizerischen Ansprüche vorerst zurück. Der äussere Druck und die innenpolitischen Schwierigkeiten liessen dann das Interesse der helvetischen Regierung am Fricktal in den Hintergrund treten.

Inzwischen hatte sich auch Karl Fahrländer einen guten Überblick über die Vorgänge im französischen Protektoratsgebiet verschafft. Wichtigste Vertrauensperson war dabei sein Bruder Sebastian (1768–1841). Seit 1792 als Stadtarzt in Waldshut tätig, stand er offenbar der ideologischen Position seines Bruders Karl nahe, trat aber zunächst politisch kaum in Erscheinung. Durch einen zufälligen Hinweis waren die österreichischen Behörden auf Verbindungen aufmerksam geworden, die der

*Abb. 2: Der Kirchenbezirk im Siedlungskern der Gemeinde Eiken CH. ↯
Mit der Unterstützung des liberal gesinnten Seelsorgers Karl Zirn trafen Karl und
Sebastian Fahrländer an der Jahreswende 1801/02 in dessen Pfarrhaus
die letzten Vorbereitungen zur Gründung des Kantons Fricktal.
(Bild: Erich Treier, Oberhof CH)*

Arzt aus Waldshut zu Vertretern der revolutionären Bewegung in Süddeutschland unterhielt. Sebastian Fahrländer traf deshalb während des Jahres 1798 Vorbereitungen, um seinen Wohnort verlassen zu können.¹⁵

Die persönlichen Beziehungen, die ihn mit dem linken Rheinufer verbanden, und die nach dem Friedensschluss von Campo Formio absehbare Trennung des Gebiets von Österreich liessen den Erwerb einer Niederlassungsberechtigung im benachbarten Fricktal nahe liegend erscheinen. Offenbar auf Antrag des liberal gesinnten Eiker Pfarrers Karl Zirn stellte die Gemeinde Münchwilen Sebastian und Karl Fahrländer im September 1798 einen Bürgerbrief aus. Wegen der fehlenden Bestätigung durch die österreichischen Behörden konnte diese Urkunde jedoch angefochten werden. Dieser Tatsache scheinen sich die Gebrüder Fahrländer bewusst gewesen zu sein. Jedenfalls bemühten sie sich im Sommer 1800 erfolgreich um ein weiteres Bürgerrecht in Leibstadt.

Nach längerem Zögern verliess Sebastian Fahrländer Anfang September 1801 Waldshut und siedelte nach Bern über, wo er die Erlaubnis zur freien Ausübung der ärztlichen Tätigkeit erhielt. Beim erneuten Aufbau einer beruflichen Existenzgrundlage konnten ihm die zahlreichen Kontakte, über die sein Bruder in der helvetischen Hauptstadt verfügte, von Nutzen sein. Zudem hatte ihm Karl die Alternative in Aussicht gestellt, zumindest bis zum Aufbau einer eigenen Arztpraxis, in die Dienste der staatlichen Verwaltung zu treten. Ob Sebastian Fahrländer neben der Sicherung seiner Existenz in Bern weiter reichende politische Ziele verfolgte, lässt sich nicht abschliessend beur-

teilen. Immerhin zeigte er offenbar schon vor seiner Übersiedlung die Bereitschaft, im Sinne seines Bruders mit den verantwortlichen helvetischen Behörden bei der Reorganisation des Fricktals zusammenzuarbeiten. Karl empfahl seinen Bruder Sebastian als Berater für das Fricktal dem helvetischen Finanzminister Dolder, der dem Arzt die Kontakte zu General Montrichard, Commandant en chef der französischen Truppen in Helvetien und im Fricktal, und dem Gesandten der Französischen Republik, Raymond de Verninac, vermittelte.

Nach dem föderalistischen Staatsstreich vom 27. und 28. Oktober 1801, der dem bisherigen Handlungsbevollmächtigten Johann Herzog von Effingen die politische Basis entzog, entfalteten die Gebrüder Fahrländer eine gesteigerte Aktivität, die darauf abzielte, das linksrheinische französische Protektoratsgebiet mit den Waldstädten Laufenburg und Rheinfelden in einem eigenständigen Kanton zusammenzufassen. Neben einflussreichen helvetischen Politikern und den Vertretern der französischen Besatzungsmacht in der Schweiz versuchte Karl Fahrländer durch die Vermittlung des ihm bekannten helvetischen Gesandten Philipp Albert Stapfer (1766–1840), auch die Regierung in Paris für das Projekt zu gewinnen (Abb. 2).¹⁶ Während Sebastian Fahrländer mit seinen breiter gefächerten lokalen Beziehungen und einem tieferen Einblick in die örtlichen Strukturen die Neuorganisation im Fricktal einleitete, unterhielt Karl als Delegierter in Bern die Kontakte zu den ihm vertrauteren helvetischen und französischen Behörden. Der frühere Waldshuter Stadtarzt wählte seinen vorübergehenden Wohnsitz in Laufenburg. Dort überzeugte er neben Anton Tröndlin, dem Amtmann



der Herrschaft von Roll, zunächst auch den Arzt Dr. Helbling, den Kaufmann Dominik Brentano und den Unterforstmeister Michael Zähringer von der Idee eines Kantons Fricktal. Sein Hinweis, dass die Loslösung des Gebietes aus dem habsburgischen Herrschaftsverband unabänderlich sei, wurde durch die Tatsache bestätigt, dass sich der Wiener Hof gegenüber den tiefgreifenden politischen Veränderungen und den wirtschaftlichen Schwierigkeiten im südlichen Breisgau passiv verhielt und die Einflussmöglichkeiten der vorderösterreichischen Beamten äusserst begrenzt waren.

In der Nachfolge von Johann Herzog scheint Sebastian Fahrländer seine neue Tätigkeit zunächst als Kommissariatsmandat für die helvetische Regierung verstanden zu haben.¹⁷ Am 24. Dezember 1801 liess er sich von den Ortsvorgesetzten der Kameralherrschaft Laufenburg, die sich auf Veranlassung Amtmann Tröndlins versammelt hatten, eine Vollmacht für die künftigen Schritte zur Kantonsgründung erteilen. Gestützt auf diese Legitimationsgrundlage sicherte ihm Raymond de Verinac eine Woche später mündlich zu, dass er dem Projekt zum Durchbruch verhelfen wolle.



Abb. 3: Dr. Sebastian Fahrländer (1768–1841). Als Statthalter und Präsident der Verwaltungskammer leitete er die politische und vermögensrechtliche Trennung des Fricktals vom Breisgau ein. Dabei war der frühere Waldshuter Stadtarzt auf die Unterstützung des französischen Truppenkommandos und der helvetischen Behörden in Bern angewiesen. (Bild: Privatbesitz)

Sebastian Fahrländer erachtete sich deshalb zu Beginn des Jahres 1802 für befugt, das Fricktal im Namen der helvetischen Regierung in Besitz zu nehmen und die politische Neuorganisation einzuleiten (Abb. 3).

Am 5. Februar 1802 verfügte General Montrichard die Aufhebung des Oberamtes Rheinfelden. Die österreichischen Behörden, die noch zwei Wochen zuvor gegenüber den Vertretern der Landstände betont hatten, dass sie noch immer *den ersten Rang in hiesigem Lande* besäßen,¹⁸ verliessen unter Protest die Rheinfelder Amtsräumlichkeiten und zogen sich in das rechtsrheinische Nollingen zurück.

Auch nach der Auflösung der österreichischen Verwaltung blieb der Zeitpunkt der Eingliederung des Fricktals in die Helvetische Republik ungewiss. General Montrichard ordnete an, dass die Ständevertreter die provisorische Verwaltung sicherstellen und einen Präsidenten ernennen sollten, der das Protektoratsgebiet gegenüber dem französischen Militärkommando zu vertreten hätte.¹⁹ Diese Aufgabe

wurde Sebastian Fahrländer übertragen, der als Repräsentant der Behörden in Bern auch den Titel eines provisorischen Statthalters des Fricktals führte. Mit Zustimmung der französischen Organe berief er auf den 20. Februar 1802 eine Versammlung der Ortsvorsteher und Ständevertreter nach Rheinfelden ein. Dieser fricktalische Landtag nahm den von Sebastian Fahrländer vorgelegten Entwurf einer Kantonsverfassung mit geringen Änderungen an und wählte den früheren Waldshuter Stadtarzt zum Vorsitzenden der Verwaltungskammer. Mit diesem Schritt fand die Abtrennung des Fricktals vom vorderösterreichischen Herrschaftsgebiet einen formellen Abschluss. Ungeachtet der wiederholten Proteste der Freiburger Behörden, die nicht verstehen konnten, *wie man diesem an sich unbedeutenden Ländchen gestatten könne, sich eine eigene Verfassung zu geben*,²⁰ nahmen die neuen Amtsträger ihre Tätigkeit auf (Abb. 4).

Die mit der Führung der laufenden Amtsgeschäfte betraute Verwaltungskammer etablier-

te sich in Laufenburg. Das Exekutivgremium bestand neben dem Präsidenten aus einem Forst- und einem Rentmeister und wies damit eine dem Oberamt vergleichbare Struktur auf. Mit Ausnahme der Rechtsprechung, die im Sinne der Gewaltentrennung einem in Rheinfelden errichteten Kantonsgericht übertragen wurde, blieb auch die Aufgabenverteilung zwischen den drei Mitgliedern erhalten.²¹ Ein verfassungsmässig verankerter kleiner Kantonsrat trat aufgrund einer Intervention der französischen Behörden nie zusammen. Die Funktionen der Legislative übernahm deshalb vorerst ein Ständisches Vollziehungskomitee, dem neben Amtmann Tröndlin die Bürgermeister von Laufenburg und Rheinfelden sowie die Obervogteiverwalter der Landschaften Fricktal und Möhlinbach angehörten. Das Gebiet des neuen

Kantons wurde in Abweichung zu der bestehenden Herrschafts- und Landschaftsgliederung in die drei Distrikte Rheinfelden, Frick und Laufenburg eingeteilt (Abb. 5).

Mit Unterstützung der neuen Behörden bemühte sich Sebastian Fahrländer unverzüglich um die Klärung verschiedener Fragen, die beim Abschluss des Friedensvertrages von Lunéville noch offen geblieben waren. Dazu gehörte auch die Grenzziehung in Laufenburg. Im Hinblick auf die geplante Vereinigung des Fricktals mit der Helvetischen Republik hatte der Stadtrat die Hoffnung geäußert, dass die beidseits des Rheins gelegene Waldstadt *auf irgendeine Art nach dem Beispiel der Stadt Basel und noch anderer Schweizerstädte, die auf beiden Seiten des Rheinstroms liegen, beisammen belassen werde.*²²

Abb. 4: Siegel des Homburger Vogtes in Frick. Die Behörden des Kantons Fricktal übernahmen das seit dem 16. Jahrhundert verwendete Lindenblattmotiv als Hoheitszeichen. Das Emblem liess sich weder auf österreichischer noch auf französischer Seite unmittelbar mit politischen oder ideologischen Inhalten in Beziehung setzen und schien deshalb offenbar für einen Neubeginn geeignet. (Bild: Fricktaler Museum Rheinfelden CH)



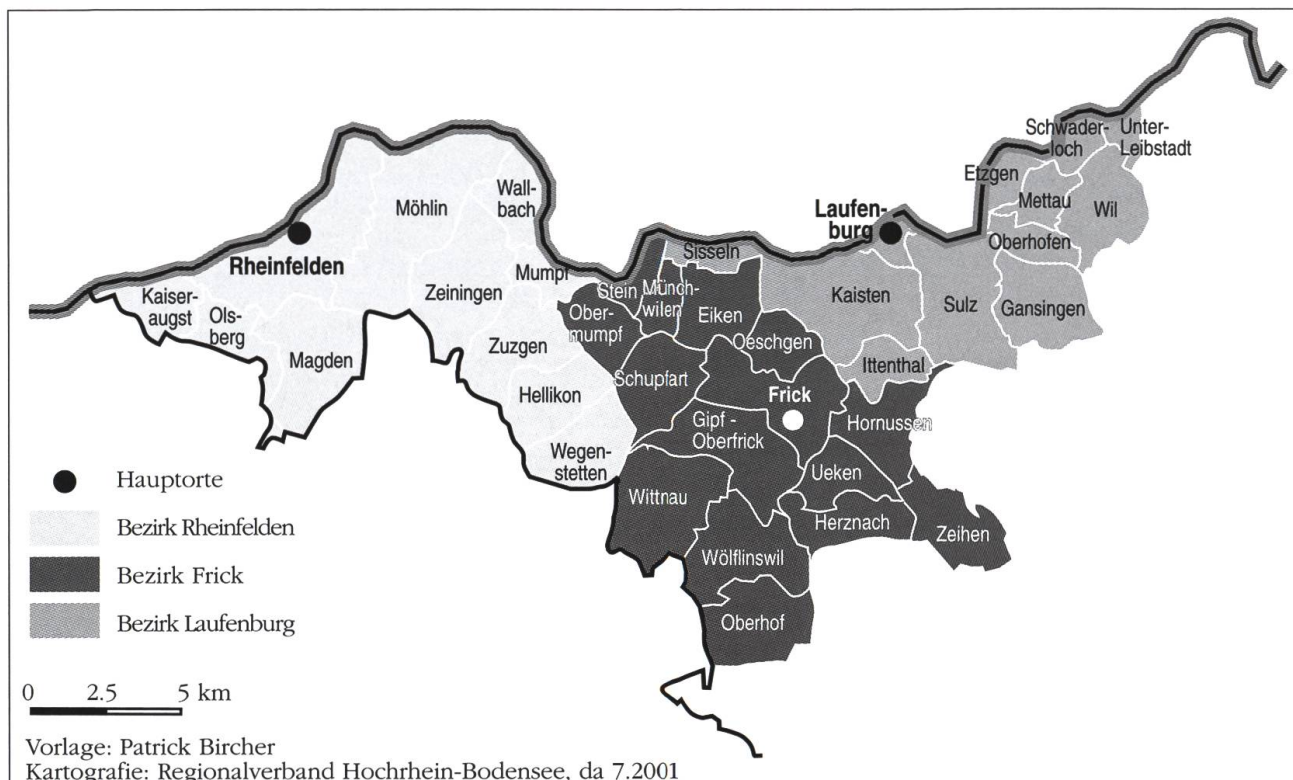


Abb. 5: Die Ausdehnung des Kantons Fricktal mit der Verwaltungseinteilung in die Bezirke Rheinfelden, Frick und Laufenburg. Im Jahre 1801 lebten auf einer Fläche von $4\frac{3}{4}$ Quadratmeilen 17760 Einwohner. Damit liess sich das französische Protektoratsgebiet in Bezug auf Ausdehnung und Bevölkerungszahl mit kleineren Kantonen der Schweiz vergleichen.

Aufgrund der Aufgaben, die ihm von den französischen Behörden und der Landeskonferenz in Rheinfelden übertragen worden waren, fühlte sich auch Sebastian Fahrländer verpflichtet, die Einheit der zweigeteilten städtischen Siedlung zu wahren. Er konnte jedoch nicht verhindern, dass die Bürger von Kleinlaufenburg mit der Unterstützung des Waldshuter Syndikus Mathias Föhrenbach (1767–1841) und der österreichischen Beamten in Freiburg drei Tage später eine eigene provisorische Stadtbehörde wählten. Diese sprach sich im Namen der Bürger der *mindere Stadt* für den Verbleib beim *milden Kaiserhaus* in Wien aus und erteilte dem Anschluss an einen *armen Zwergstaat* eine deutliche Absage. Die Vertreter Kleinlaufenburgs brachten angesichts der unklaren politischen Verhältnisse in der Helvetischen Republik deutlich zum Ausdruck, dass sie die Bewohner des linken Rheinflufers *ihres künftigen Glücks wegen* ganz und gar nicht benieden. Vielmehr wünschten sie zu

bleiben, *was alle braven Breisgauer in Zukunft sein würden*.²³

Trotz dieses anfänglichen Rückschlages setzte Sebastian Fahrländer seine Tätigkeit zielstrebig fort. Neben Verbesserungen im Infrastrukturbereich wie dem Aufbau eines regulären Postdienstes in die Schweiz regte er auch eine Reform des Erziehungswesens an. Die Gründung einer Forstschule im Hauptort Laufenburg entsprach einem aktuellen Bedürfnis nach gut ausgebildeten Fachkräften. Die Bildungsanstalt sollte jedoch gleichzeitig auch eine überregionale Bedeutung erhalten und damit die Bindung des neuen Kantons an den helvetischen Zentralstaat stärken. Die Tatsache, dass diese zukunftsweisenden Projekte teils bereits in der Vorbereitungsphase scheiterten, teils lediglich in Ansätzen realisiert werden konnten, wirft ein bezeichnendes Licht auf die unterschiedlich gelagerten Schwierigkeiten, mit denen sich der fricktalische Statthalter konfrontiert sah.

Die wachsende Opposition gegen Sebastian Fahrländer

Bereits zu Beginn seiner Tätigkeit war Sebastian Fahrländer bei einzelnen Vertretern der lokalen Beamtenschicht auf Widerstand gestossen. Um seine Tätigkeit zu rechtfertigen, verwies er wiederholt auf den Willen der französischen Regierung, die ihn mit der Neuorganisation beauftragt habe. Die häufige Bezugnahme auf die Protektion der Besatzungsmacht war letztlich eher geeignet, den Widerstand gegen ihn zu verstärken, als das ohnehin vorhandene Misstrauen abzubauen. Die teils fehlende, teils zögernde Unterstützung der französischen Behörden schwächte das Ansehen des Statthalters zusätzlich und trug auch in seinem engeren persönlichen Umfeld zu einer wachsenden Unsicherheit bei.

Da er nur über einen verhältnismässig kleinen Kreis von überzeugten Anhängern verfügte, war Sebastian Fahrländer auf die Zusammenarbeit mit einigen der bisherigen Amtsinhaber angewiesen. Sie standen zwar der Neuorganisation skeptisch bis ablehnend gegenüber, waren aber aufgrund ihrer Fachkompetenz für die Sicherstellung der grundlegenden Staatsfunktionen unentbehrlich. Vor allem im Bereich der Justiz wurden verschiedene kantonale Stellen mit Beamten besetzt, die noch kurz zuvor im Dienst der österreichischen Verwaltung oder geistlicher Institutionen gestanden hatten. Sie arbeiteten zunächst mit dem Statthalter zusammen, distanzierten sich dann aber zunehmend von dessen Vorgehen.

Aus der mit Entschiedenheit vertretenen Forderung, das Fricktal nicht nur auf politischer, sondern auch auf vermögensrechtlicher Ebene vom Breisgau zu trennen, erwuchs Sebastian

Fahrländer vor allem im Umfeld der geistlichen Institutionen ein erheblicher Widerstand. Wie der Statthalter rückblickend festhielt, war er bereits bei Amtsantritt zur Überzeugung gelangt, dass nur eine umfassende Säkularisation der im Fricktal begüterten geistlichen Institutionen die desolate Finanzlage des neuen Kantons grundlegend verbessern könne. Diese Massnahme betraf zunächst die auf dem rechten Rheinufer gelegenen Klöster und Ordensniederlassungen wie das adelige Damenstift Säckinggen oder die Deutschordenskommende Beuggen. Das rationalen Kriterien folgende Konzept, dass sich aus einer konsequenten Auslegung der in Lunéville vereinbarten Rahmenbestimmungen ergab, stiess auf mentalitätsmässige Schranken, die sich in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeitspanne kaum durchbrechen liessen.

Johann Baptist Jehle (1773–1847), Amtmann des Damenstiftes Olsberg, und Johann Karl Fetzer (1768–1847), der zunächst beim Oberamt in Rheinfelden gearbeitet hatte und nun als Bezirksrichter tätig war, führten die gegen Sebastian Fahrländer gerichtete Opposition an. Im Gegensatz zum kleinen Anhängerkreis des Statthalters gewann diese Bewegung während des Sommers 1802 im Fricktal rasch an politischem Einfluss. Der Widerstand entzündete sich dabei weniger an der Idee des Kantonsprojektes, sondern vielmehr an der Person und der Amtsführung Sebastian Fahrländers.

Um die Verhandlungen im Zusammenhang mit der kurz bevorstehenden Vereinigung des Fricktals mit der Helvetischen Republik günstig zu beeinflussen, veranlasste der Statthalter im August 1802 die Mitglieder des Ständischen Vollziehungskomitees zur Vergabe um-

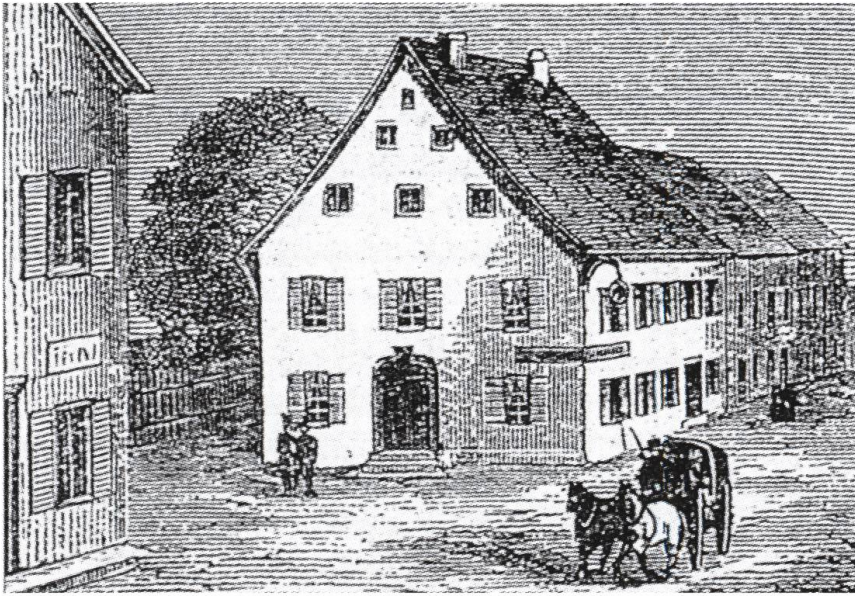


Abb. 6: Der Gasthof Adler in Frick CH als Ort der Konspiration und des Widerstandes. Am 23. September 1802 wählte hier eine Versammlung der fricktalischen Gemeindevorgesetzten an Stelle der Verwaltungskammer einen neun Mitglieder zählenden «Vollziehungs- und Organisationsausschuss».

(Bild: Staatsarchiv des Kantons Aargau Aarau CH.)

Foto: Beni Basler, Aarau CH)

fangreicher Gratifikationsleistungen an massgebende Vertreter der helvetischen und französischen Behörden in Bern. Die Bezahlung von Bestechungsgeldern an Entscheidungsträger unterschiedlicher Stufen galt während der französischen Besatzungszeit als probates und weit verbreitetes Mittel. Es diente nicht nur der Sicherung und Entschädigung erhaltener Vergünstigungen, sondern wurde auch als Anreiz für erwünschte Dienste ausgeschüttet. Im Falle der von Sebastian Fahrländer angeregten *Douceurs* wirkten sich jedoch vor allem zwei Tatsachen ausgesprochen negativ aus. Einerseits brachte der Einsatz der ungewöhnlich hohen Beträge aufgrund des ausbrechenden Bürgerkrieges in der Schweiz keinen Erfolg, andererseits bezog der Statthalter auch sich selbst und seinen Bruder Karl in den Kreis der Leistungsbezüger ein.

Der Septemberumsturz und die neuen Führungskräfte

Nach dem Abzug der französischen Truppen brach in der Schweiz Ende Juli 1802 ein Bürgerkrieg aus. Die helvetischen Behörden und die Vertreter der Französischen Republik flüchteten von Bern nach Lausanne. Im Schatten der landesweiten Unruhen kam im Fricktal der

Widerstand gegen Sebastian Fahrländer offen zum Ausbruch. Auf Anregung von Johann Karl Fetzer und Johann Baptist Jehle fanden sich die 33 Ortsvorsteher des Fricktals am 22. September 1802 im Gasthof Adler in Frick ein. Die Versammlung erklärte die Tätigkeit Sebastian Fahrländers für beendet und ernannte einen Vollziehungs- und Organisationsausschuss, der die Amtsgeschäfte interimistisch leiten sollte (Abb. 6).²⁴

Der fricktalische Statthalter wurde jedoch von Raymond de Verninac in seinen Funktionen bestätigt und war entschlossen, seine Tätigkeit fortzusetzen. Mit einer Gruppe von Bauern, die Sebastian Fahrländer rückblickend als von ihm bestrafte Wilddiebe bezeichnete, umstellten Johann Baptist Jehle und Johann Karl Fetzer in den frühen Morgenstunden des 4. Oktober 1802 den vorübergehenden Wohnsitz des Statthalters in Laufenburg. Sie überraschten den Präsidenten der Verwaltungskammer im Schlaf und überführten ihn nach Rheinfelden, wo er in den früheren Räumlichkeiten des Oberamtes in Haft gesetzt wurde. Das Eingreifen Napoleon Bonapartes in die schweizerischen Bürgerkriegswirren zog einen Wechsel der Repräsentanten der Besatzungsmacht nach sich. Sebastian Fahrländer fand in Zürich die Unterstützung von Divisionsgeneral Serras. Unter Berufung auf die Proklama-

tion von St. Cloud, die für die Schweiz unter anderem eine Wiederherstellung der vor dem Bürgerkrieg herrschenden Verhältnisse dekretierte, setzte ihn Kapitän Lemaire am 3. November 1802 erneut als Statthalter ein. Auf Betreiben der von Jehle und Fetzer angeführten Gegenpartei ordnete Michel Ney, der neue Oberbefehlshaber der französischen Truppen in der Schweiz, eine umfassende Untersuchung der fricktalischen Verhältnisse an. Legationssekretär François Rouyer, der mit dieser Aufgabe betraut wurde, belegte den Statthalter und Präsidenten der Verwaltungskammer zunächst mit Untersuchungshaft und enthob ihn am 27. November 1802 offiziell aller Ämter.²⁵

Die gegen Sebastian Fahrländer gerichtete Anklageschrift, die auf Beschluss der Ortsvertretungen verfasst und François Rouyer übergeben wurde, enthielt zum grossen Teil unhaltbare Vorwürfe.²⁶ In einer überarbeiteten Fassung fehlte bereits ein Drittel der vorgebrachten Beschwerden. Rouyer und Ney verwarfen die meisten der verbliebenen Punkte als belanglos. In ihren Berichten an die Regierung in Paris erwähnten sie lediglich die durch eine freizügige Vergabe von Gratifikationszahlungen kompromittierte Amtsausübung Sebastian Fahrländers und dessen zuweilen autokratischen Führungsstil.

Der Vorwurf, der Statthalter habe *willkürlich und despotisch regiert*,²⁷ lässt sich aufgrund der erhaltenen Schriftzeugnisse nicht erhärten. Die Vereinigung des Präsidiums der Verwaltungskammer und des Statthalteramtes in einer Person verschaffte ihm zwar formell einen massgebenden Einfluss auf alle wesentlichen Verwaltungsabläufe. Trotzdem blieb er letztlich auf die schwer kalkulierbare Gunst der

französischen Behörden angewiesen, die seine Tätigkeit nur so weit vorbehaltlos unterstützten, als sie ihren eigenen Interessen nützlich sein konnte.

Trotz des *Mangels an Délicatesse*, der einzelnen Amtshandlungen anhaftete, stimmen die Urteile aussenstehender Beobachter und die rückblickenden Analysen direkt beteiligter gemässigter Kreise darin überein, dass die unerbittlich geführte Auseinandersetzung zwischen Sebastian Fahrländer und seinen Gegnern in erster Linie durch die persönlichen Konflikte der massgebenden Akteure genährt wurde.²⁸

Die Helvetische Consulta in Paris

Am 10. Dezember 1802 nahm die von Napoleon Bonaparte nach Paris einberufene Helvetische Consulta ihre Beratungen auf. Unter den 63 Delegierten, die sich auf Anweisung des Ersten Konsuls um die Ausarbeitung einer schweizerischen Verfassung bemühten, befanden sich mit Johann Baptist Jehle und Josef Venerand Friderich auch zwei Vertreter des Fricktals. Aufgrund der fehlenden Beziehungen und ihrer mangelnden Erfahrung auf dem Gebiet der Diplomatie vermochten sie sich jedoch höchstens punktuelle Einblicke in den Verhandlungsverlauf zu verschaffen. Am 21. Januar teilte Staatsrat Dèmeunier den beiden Abgeordneten mit, dass es dem Ersten Konsul zu *abenteuerlich* erscheine, einen selbstständigen Kanton Fricktal zu bilden. Neben der unzureichenden wirtschaftlichen Grundlage könnten die engen Beziehungen zum Breisgau und die in der Bevölkerung noch immer verbreitete Verbundenheit mit dem Wiener Hof die Sicherheit der helvetischen

Feyerliche Ueberreichung des Vermittlungs- Akts an die Schweizer- Deputirte, den 19 Februar 1803.

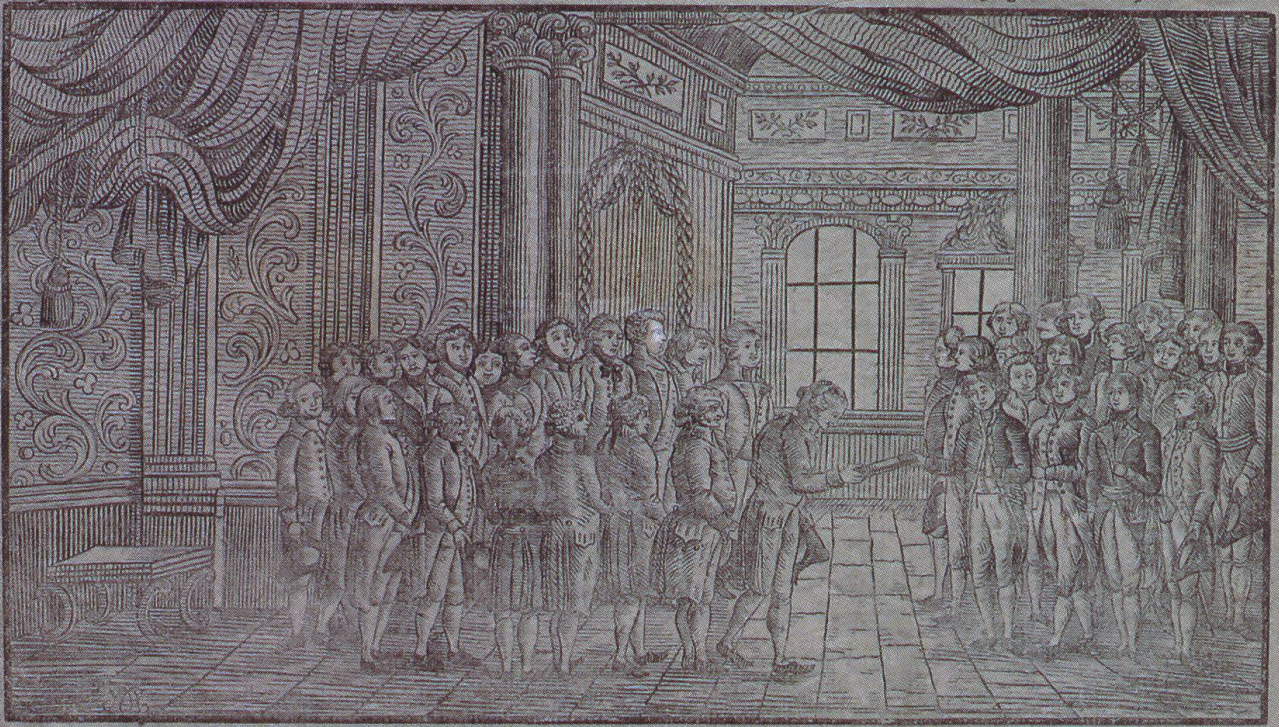


Abb. 7: Am 19. Februar 1803 wurde in Paris die Mediationsurkunde unterzeichnet und den Vertretern der Schweiz übergeben. Nachdem Napoleon Bonaparte dem Fortbestand eines eigenständigen Kantons Fricktal seine Zustimmung verweigert hatte, bildete das Gebiet zwischen Rhein und Jura nun Teil des neu gegründeten Kantons Aargau.
(Bild: Fricktaler Museum Rheinfelden CH. Foto: Erich Treier, Oberhof CH)

Nordgrenze in Frage stellen. Bonaparte erwog deshalb, das Fricktal unter die Nachbarkantone Aargau und Basel aufzuteilen.²⁹ Diese Absicht, die der Erste Konsul bereits im Verfassungsentwurf von Malmaison vom 9. Mai 1801 festgehalten hatte, stiess bei den Mitgliedern der Verwaltungskammer auf entschiedene Ablehnung. Aber auch der Basler Deputierte Hans Bernhard Sarasin wandte sich gegen die Absicht, dem reformierten städtisch dominierten Kanton ein weiteres ländlich geprägtes und zudem katholisches Gebiet anzuschliessen.

Als sie die Hoffnung auf einen eigenständigen Kanton schwinden sahen, bemühten sich Johann Baptist Jehle und Josef Venerand Fridrich ausschliesslich darum, die Aufteilung des Gebietes zu verhindern. Die Vereinigung des ganzen Fricktals mit dem Kanton Aargau

schien ihnen deshalb die letzte der möglichen Optionen zu sein, für die es sich noch einzusetzen lohnte (Abb. 7).

Der Breisgau während des Übergangs von der vorderösterreichischen zur badischen Landeshoheit

Die neue politische Zugehörigkeit des Fricktals wurde in der am 19. Februar 1803 unterzeichneten Mediationsakte abschliessend festgeschrieben. Demgegenüber blieb die Bestimmung des rechtsrheinischen vorderösterreichischen Gebietes zunächst ungewiss. Herzog Ercole III. von Modena (1727–1803) wies die Übernahme, die in den Friedensverträgen von

Campo Formio und Lunéville vorgesehen war, zunächst entschieden zurück. Angesichts der bedeutend tieferen Bevölkerungszahl und der geringeren flächenmässigen Ausdehnung schien ihm der Breisgau keinen angemessenen Ersatz für seinen angestammten oberitalienischen Herrschaftsbereich zu bieten, den Napoleon Bonaparte der neu geschaffenen Cisalpinischen Republik zugeschlagen hatte.³⁰ Nachdem ihm zusätzlich noch die Ortenau angeboten worden war, willigte der Herzog von Modena Anfang März 1803 schliesslich in das Kompensationsangebot ein.

Als er im Oktober desselben Jahres starb, gelangte das Gebiet vorübergehend an seinen Schwiegersohn und Erben, Erzherzog Ferdinand von Österreich, den Ercole III. bereits nach der Übernahme als Administrator des neuen Herrschaftsbereichs eingesetzt hatte. Der Hoheitswechsel blieb für die Beamten und die Bevölkerung ohne spürbare Folgen. Die österreichische Verwaltung in Freiburg und deren nachgeordnete Stellen übten ihre Funktio-

nen weiterhin aus. Die militärischen Erfolge der französischen Truppen bei Ulm und Austerlitz leiteten aber kurz danach einschneidende politische Veränderungen ein. Im Anschluss an die Friedensvereinbarungen von Pressburg gelangte der Breisgau Ende Februar 1806 unter die Herrschaft des Grossherzogs von Baden. Vor dem Hintergrund der veränderten politischen Ausgangslage begannen sich allmählich Lösungsansätze für die komplexen Probleme abzuzeichnen, die sich aus der Grenzziehung am Hochrhein ergeben hatten. Nach langwierigen Verhandlungen einigten sich die Vertreter des Grossherzogtums Baden und des Kantons Aargau im Staatsvertrag vom 17. September 1808 auf verbindliche Richtlinien zur Abgrenzung der gegenseitigen Ansprüche. Auf dieser Grundlage wurden auch die vermögensrechtlichen Fragen zwischen dem schweizerischen und dem badischen Laufenburg geklärt und im Hauptvertrag über das Communalwesen im September 1827 rechtsverbindlich geregelt.

Anmerkungen

- ¹ Eine breitere Darstellung dieses Abschnitts bietet BIRCHER, PATRICK: Der Kanton Fricktal. Bauern, Bürger und Revolutionäre an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert. – Laufenburg 2002.
- ² WANDRUSZKA, ADAM: Leopold II. Bd. 2. – Wien, München 1963, S. 289.
- ³ Zit. bei HALDER, NOLD: Geschichte des Kantons Aargau. Bd. 1. – Aarau 1953, S. 7–8.
- ⁴ StAAG 6298, Fasc. 13, Oberamtmann Biermann an Landespräsidium in Freiburg, 6. März 1798.

- ⁵ StAAG 6298, Fasc. 13, Freiherr von Sumerau an Oberamtmann Biermann, 11. März 1798.
- ⁶ ASHR, Bd. 2, S. 369–370.
- ⁷ ASHR, Bd. 1, S. 1025.
- ⁸ Ebd.
- ⁹ Zur Emigration und zu der agitatorischen Tätigkeit von vorderösterreichischem Gebiet aus vgl. BURCKHARDT, FELIX: Die schweizerische Emigration 1798–1801. – Basel 1908, S. 125–128. – FOERSTER, HUBERT: Die militärische Emigration 1798–1801.

- Offene Fragen zu Motivation, Zusammensetzung, Bedeutung und Souveränitätsverständnis der Auswanderungsbewegung. – In: SIMON, CHRISTIAN; SCHLUCHTER, ANDRÉ: Dossier Helvetik 1, S. 83–124. Zusammenfassend: HEBEISEN, ERIKA: Streit um die neue Ordnung. – In: MEYER, BRUNO, u. a. (Hrsg.): Revolution im Aargau. Umsturz – Aufbruch – Widerstand 1798–1803. – Aarau 1997, S. 226–227.
- ¹⁰ Der Vertragstext liegt vor bei WOLFENBERGER, HEINRICH (Hrsg.): Napoleonische Friedensverträge. Quellen zur neueren Geschichte. Heft 5. – Bern 1946, S. 14.
- ¹¹ BURKART, SEBASTIAN: Geschichte der Stadt Rheinfelden bis zu ihrer Vereinigung mit dem Kanton Aargau. – Aarau 1909, S. 585–586. – SCHIB, KARL: Geschichte der Stadt Rheinfelden. – Rheinfelden 1961, S. 328.
- ¹² STALDER, PAUL: Vorderösterreichisches Schicksal und Ende. Das Fricktal in den diplomatischen Verhandlungen von 1792–1803. – Rheinfelden 1932, S. 114–118.
- ¹³ Zu Person und Tätigkeit Karl Fahrländers vgl. SCHEEL, HEINRICH: Süddeutsche Jakobiner. – Berlin 1962, S. 381. – DITTLER, ERWIN: Jakobiner am Oberrhein. – Kehl 1976, S. 6–15. – WERNER, JOHANNES: Der Fall Fahrländer oder Über die Entwicklung vom Mönch zum Revolutionär. – In: Die Ortenau. Veröffentlichungen des Historischen Vereins für Mittelbaden 67 (1987), S. 163–172.
- ¹⁴ ASHR, Bd. VII, S. 878.
- ¹⁵ Zur Person Sebastian Fahrländers vgl. zusammenfassend: SENTI, ANTON: Sebastian Fahrländer. – In: MITTLER, OTTO; BONER, GEORG (Hrsg.): Biographisches Lexikon des Aargaus 1803–1957. – Aarau 1958, S. 185. Diese Angaben beruhen auf dem ohne Jahres- und Verfasserangabe in Aarau erschienenen Nekrolog «Zur Erinnerung an Sebastian Fahrländer. Med. Doct. Gestorben zu Aarau am 19. Februar 1841», den DITTLER, ERWIN im Rahmen seiner Darstellung «Jakobiner am Oberrhein» auf S. 65–66 teilweise korrigiert hat.
- ¹⁶ BAR, J. I. 66, Kantonale Angelegenheiten, Fricktal, Karl Fahrländer an Philipp Albert Stapfer, 12. Dezember 1801.
- ¹⁷ Vgl. dazu die «geschichtliche Darstellung» Sebastian Fahrländers, abgedruckt bei JÖRIN, ERNST: Sebastian Fahrländer und die Gratifikationsbeschlüsse der fricktalischen Stände vom 10., 19. und 24. August 1802. – In: Argovia 47 (1935), S. 205.
- ¹⁸ StAAG 6462, Fasc. 1, Oberamt Rheinfelden «an die löbl. Landes-Gefälls Verwaltung zu Rheinfelden und Laufenburg», 5. Februar 1802.
- ¹⁹ BURKART (wie Anm. 11), S. 588–589.
- ²⁰ Zit. bei DITTLER, ERWIN: Die Abtrennung des Fricktals vom Breisgau im Jahre 1802. – In: Badische Heimat 61 (1981), Heft 1, S. 140.
- ²¹ StAAG 9517, Fasc. 3, Kantonsverfassung vom 20. Februar 1802, Abschnitt 2, Absatz b.).
- ²² Zit. bei DITTLER (wie Anm. 20), S. 134.
- ²³ Zur politischen Trennung Laufenburgs vgl. NAWRATH, THEO: Geschichte der Stadt Laufenburg. Bd. 2. – Laufenburg (Baden) 1981, S. 15–22, hier: S. 18.
- ²⁴ StAAG 9517, Fasc. 3, «Der Vollziehungs- und Organisations-Ausschuss des Cantons Frickthal an den Herrn Doktor Fahrländer zu Laufenburg», 24. September 1802. Eine zusammenfassende Darstellung zu diesen Ereignissen bietet Burkart (wie Anm. 11) S. 606.
- ²⁵ StAAG 9517, Fasc. 3, François Rouyer, Commissaire de la Légation française dans le Frickthal au citoyen Friederich, juge du district de Frick, 16. November 1802. – DITTLER, Jakobiner am Oberrhein, S. 74.
- ²⁶ JÖRIN (wie Anm. 17), S. 161.
- ²⁷ Ebd., S. 162, Punkt 2 der Anklageschrift.
- ²⁸ Vgl. in diesem Zusammenhang die Berichte des helvetischen Senators Lanther. – In: ASHR, Bd. IX, S. 598–600.
- ²⁹ StAAG 9517, Fasc. 2, Fricktalische Deputierte an die Verwaltungskammer in Rheinfelden, 22. Januar 1803.
- ³⁰ STALDER (wie Anm. 12), S. 113.

Abkürzungen

ASHR

Amtliche Sammlung der Acten aus der Zeit der helvetischen Republik, bearb. von Johannes Strickler und Alfred Rufer, 16 Bde. Bern/ Fribourg 1886–1966.

BAR

Bundesarchiv Bern.

StAAG

Staatsarchiv des Kantons Aargau, Aarau.